

Niederschrift
über die 1. Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund
Heilpädagogischer Hilfen
am 26.02.2021 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Bündgens, Willi
Dickmann, Bernd
Dornseifer, Falk
Ensmann, Bernhard
Körling, Franz für Wöber-Servaes, Sylvia
Kretschmer, Gabriele
Dr. Leonards-Schippers, Christiane für Wehlus, Jürgen
Nabbefeld, Michael

SPD

Krupp, Ute Vorsitzende
Lüngen, Ilse für Heinisch, Iris
Mederlet, Frank
Recki, Gerda
Schmerbach, Cornelia für Ullrich, Birgit
Stergiopoulos, Ioannis

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Blanke, Andreas für Manske, Marion
Janicki, Doris
Kresse, Martin
Peters, Anna für Tadema, Ulrike
Tuschen, Johannes

FDP

Dick, Daniel
Feiter, Stefan

AfD

Lenzen, Edgar

Die Linke.

Ammann-Hilberath, Martina

FREIE WÄHLER/Volt

Glashagen, Jennifer

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski

LVR-Dezernentin Klinikverbund und Verbund
Heilpädagogischer Hilfen

Dr. Möller-Bierth

Fachbereichsleitung Personelle und organisa-
torische Steuerung des Klinikverbundes und
des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen

Stephan-Gellrich

Fachbereichsleitung Qualitäts- und Innovations-
management des Klinikverbundes und
des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen

Bergerfurth

Fachbereich Wirtschaftliche Steuerung
des LVR-Klinikverbundes und des
LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen

Klose

Kaufmännischer Vorstand LVR-Verbund
Heilpädagogischer Hilfen

Ströbele

Fachlicher Vorstand Angebotsentwicklung und
Vorstandsvorsitzender LVR-Verbund
Heilpädagogischer Hilfen

Hüttersen

GPR

Overkamp

örtlicher PR HPH

Breidenbach

Fachbereich Personelle und organisatorische
Steuerung des Klinikverbundes und des
Verbundes Heilpädagogischer Hilfen (Protokoll)

Gäste:

Kunze

Fraktionsgeschäftsführer AfD-Fraktion

Hermes

Fraktion Die Linke.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Verpflichtung neuer Mitglieder
3. Bestellung der Schriftführung für den Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen **15/4 B**
4. LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
- 4.1. Vorstellung des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen - Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte **15/89 K**
- 4.2. Vorstellung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen - Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte **15/114 K**
5. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2020 **15/41 K**
6. Anträge und Anfragen der Fraktionen
7. Beschlusskontrolle
8. Bericht aus der LVR-Verbundzentrale und dem LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen
- 8.1. Bericht LVR-Verbundzentrale
- 8.2. Bericht LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen
9. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

10. Bestellung zur Stellvertreterin des Fachlichen Vorstandes (Schwerpunkt Unternehmensentwicklung) im Vorstand des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen **15/56 B**
11. IV. Quartalsbericht 2020 des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen **15/45 K**
12. Vergabe des Rahmenvertrages für den Einsatz eines Sicherheitsdienstes im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, Außenstelle Niederkassel-Ranzel für den Zeitraum vom 01.04.2021 - 31.03.2022. **15/153 B**
13. Vergabeübersicht für das IV. Quartal 2020 des LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen **15/60 K**
14. Anträge und Anfragen der Fraktionen
15. Beschlusskontrolle

- 16. Bericht aus der LVR-Verbundzentrale und dem LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen
- 16.1. Bericht LVR-Verbundzentrale
- 16.2. Bericht LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen
- 17. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:00 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:30 Uhr
Ende der Sitzung:	11:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Verpflichtung neuer Mitglieder

Die Ausschussvorsitzende verpflichtet die Damen Janicki, Lungen und Recki und die Herren Dick, Ensmann, Feiter, Lenzen und Mederlet zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung Ihrer Aufgaben als sachkundige Bürger*innen in den Gremien der Landschaftsversammlung Rheinland.

Punkt 3

Bestellung der Schriftführung für den Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Vorlage Nr. 15/4

Der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen fasst einstimmig ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Die LVR-Dezernentin des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen wird als Schriftführerin für den Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen - zugleich Betriebsausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen - bestellt. Ihr wird die Möglichkeit eingeräumt, die Tätigkeit auf Mitarbeiter*innen des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen zu übertragen.

Punkt 4

LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Punkt 4.1

Vorstellung des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen - Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte Vorlage Nr. 15/89

Frau Wenzel-Jankowski stellt die Organisationsstruktur, die Steuerungsfunktionen und Aufgaben des Dezernates und seiner Fachbereiche vor und gibt einen Überblick über die wesentlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Das Dezernat sei die Steuerungseinheit für den Klinikverbund und den Verbund Heilpädagogischer Hilfen und verfüge über vier Fachbereiche, von denen drei Fachbereiche eine funktionale Gliederung aufweisen. Die Steuerung der Einrichtungsverbünde erfolge über Zielvereinbarungen und das damit einhergehende strategische Controlling. Die Zielformulierung erfolge möglichst mehrjährig. Mit Blick auf den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen seien die wesentlichen Herausforderungen:

Umsetzung der Reorganisation LVR-Verbund HPH

Mit dem Umzug der Verwaltung nach Neuss können die Verwaltungsabteilungen räumlich-inhaltlich zusammenwachsen und verschiedene Arbeitsprozesse zusammengeführt werden.

Schaffung von Wohnraum im LVR-Verbund HPH

Auf Grundlage der fortzuschreibenden Angebots- und Liegenschaftsplanung sei für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung bedarfsgerechte, inklusive und innovative Wohnformen zu akquirieren und zu errichten. Bestehender Wohnraum sei zu ertüchtigen und den Personen, die heute in besonderen Wohnformen leben, soll ein weitgehend selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden ermöglicht werden.

Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten für die Kund*innenstruktur des LVR-Verbundes HPH

Der LVR-Verbund HPH habe sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip dazu entschieden, Kund*innen mit Doppel- bzw. Mehrfachbehinderung, oft einhergehend mit auto- und/oder fremdaggressiven Verhaltenweisen und zusätzlichen Unterstützungsbedarfen zu betreuen. Für diese Kund*innen gelte es, bedarfsgerechte Angebote vorzuhalten und die fachliche Kompetenz der Mitarbeitenden im Umgang mit diesem Kundenklientel weiterzuentwickeln.

Umsetzung des BTHG

Teilhabe und Selbstbestimmung sollen gestärkt und weiterentwickelt werden. Für alle Angebote des Wohnens in besonderen Wohnformen, den Bereich des ambulant betreuten Wohnens in Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen und die tagesstrukturierenden Angebote für die Kund*innen des LVR-Verbundes HPH in der Sozialen Rehabilitation gilt es entsprechende Fachkonzepte zu erarbeiten.

Digitalisierung

Durch die Digitalisierung sollen Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben vereinfacht und Prozesse durch einheitliche Lösungen optimiert werden. Im LVR-Verbund HPH gelte es zudem, die IT-Abläufe zusammenzuführen und zu vereinheitlichen. Außerdem soll das mobile Arbeiten verwirklicht werden.

Demografischer Wandel

Für die Erfüllung der Aufgaben im LVR-Verbund HPH werde qualifiziertes und engagiertes Personal benötigt. Der demografische Wandel und der zunehmende Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte erfordern innovative und kreative Lösungen bei der Personalgewinnung und -bindung. Beispielhaft sei hier das Traineeprogramm für das Management im LVR-Klinikverbund und LVR-Verbund HPH genannt.

Im Anschluss stellen sich die Fachbereichsleitungen vor. Zu den Ausführungen wird auf die Inhalte der Vorlage 15/89 verwiesen.

Frau Krupp bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Ausführungen. Die Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten für die Kund*innenstruktur des LVR-Verbundes HPH oder auch die Digitalisierung seien nur einige wichtige Themen in den kommenden Jahren.

Frau Recki bittet zum Thema Schaffung von Wohnraum dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen eine aktualisierte Fassung der Vorlage 14/3551 vorzulegen.

Herr Lenzen erkundigt sich, ob durch die strengen COVID-19-Maßnahmen eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten erkennbar und dokumentiert sei. Frau Wenzel-Jankowski führt hierzu aus, dass das LVR-Klinikum Essen zu diesem Thema eine Studie gemacht habe, bei der deutschlandweit mehr als 20.000 Menschen befragt worden seien. Es sei erkennbar, dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen generell stärker unter der COVID-19-Krise leiden würden. Die Ergebnisse der Studie würden in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 12.03.2021 vorgestellt und der Vortrag dem Protokoll des Gesundheitsausschusses als Anlage beigefügt.

Der Bericht wird gemäß Vorlage 15/89 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Vorstellung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen - Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte Vorlage Nr. 15/114

Herr Ströbele und Herr Klose stellen die Organisationsstruktur, das Leistungsangebot und die wesentlichen Herausforderungen des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen in den kommenden Jahren vor. Herr Ströbele führt aus, dass der LVR-Verbund HPH als Leistungsanbieter im Rahmen der Eingliederungshilfe Leistungen der Sozialen Teilhabe erbringe und Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Ausführungen zu den Zielgruppen siehe Vorlage 14/2482) vielfältige und gemeindeorientierte, individuelle Angebote an qualifizierter Unterstützung, Assistenz, Begleitung, Förderung, Pflege und Beratung biete. Zudem gebe es zwei ambulante Pflegedienste. Das LVR-Institut KOMPASS leiste kompetente Beratung für Menschen mit geistiger Behinderung in schwierigen Lebenssituationen. Insgesamt gebe es derzeit 1.744 Wohnplätze in besonderen Wohnformen für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. 751 Menschen würden ambulant in selbstständigen Wohnformen und 241 Menschen durch die ambulante Pflege unterstützt.

Organisatorisch bestehe der LVR-Verbund HPH aus 19 regionalen Geschäftsbereichen und werde durch ein Vorstand, bestehend aus zwei Fachlichen Vorständen und einem Kaufmännischen Vorstand geführt.

Die wesentlichen Herausforderungen seien:

BTHG

BTHG konforme Ausgestaltung des Leistungsangebotes im Bereich Wohnen und im Bereich Tagesstruktur durch die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Fachkonzepte.

Angebots- und Liegenschaftsplanung (s. Vorlage 14/3551)

Akquirierung und Errichtung bedarfsgegerechter, inklusiver und innovativer Wohnformen und entsprechende Ertüchtigung vorhandenen Wohnraums.

Digitalisierung

Schaffung von digitalen Strukturen in allen Unternehmensbereichen durch Optimierung der Schnittstellen und Nutzung moderner Medien, sowie der Ausbau der digitalen Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen durch eigenständige Nutzung neuer Technologien (z.B.: Tovertafeln, CABito, Robotic). Durch die Nutzung sozialer Medien sollen zudem die politische Partizipation und das Empowerment der Kund*innen gestärkt werden.

Herr Klose stellt im Anschluss die Aufgabenbereiche der Verwaltung vor (s. Vorlage) und berichtet, dass der Umzug der Verwaltung an den Standort Neuss abgeschlossen sei.

Zum Thema der Digitalisierung erkundigen sich Frau Recki und Herr Kresse, ob mittlerweile in allen Einrichtungen WLAN zu Verfügung stehe. Herr Ströbele führt hierzu aus, dass die Infrastruktur kontinuierlich weiter ausgebaut werde. Dies sei auch wichtig, da für die Nutzung bestimmter Kommunikationsmedien ein WLAN-Netz erforderlich sei.

Frau Recki erkundigt sich, ob neben den Pflegediensten Nord und Süd ein weiterer Pflegedienst geplant sei. Herr Kresse fügt ergänzend hinzu, dass es für die Erbringung hochwertiger Leistungen aus einer Hand erforderlich sei, überall mit einem Pflegedienst präsent zu sein. Zudem seien Pflegeleistungen im Gegensatz zur Sozialhilfe einkommensunabhängig. Herr Ströbele erläutert, dass die Leistungen entsprechend der Kund*innenbedarfe erbracht und wirtschaftlich überprüft würden. Je nach Entwicklung würden weitere Standorte geprüft. Im Übrigen arbeite man auch mit niedergelassenen ambulanten Pflegediensten zusammen.

Herr Tuschen empfiehlt zum Thema Akquirierung von Wohnraum, mit der Stadt Kamp-Lintfort Kontakt aufzunehmen.

Frau Ammann-Hilberath nimmt Bezug auf die durch COVID-19 verursachten drei Todesfälle und fragt nach der Trauerbewältigung. Herr Ströbele führt hierzu aus, dass diese Situation für Mitarbeitende und Kund*innen psychologisch sehr belastend gewesen sei. Trauerbewältigung habe vor Ort stattgefunden und Mitarbeitende und Kund*innen seien in dieser schwierigen Situation eng zusammengewachsen.

Herr Kresse regt zudem an, um den fachlichen Austausch zu vertiefen, wieder Bereisungen im LVR-Verbund HPH durchzuführen.

Frau Krupp bedankt sich im Namen des Ausschusses für den ausführlichen Bericht. Sie führt weiter aus, dass die Bereisung des LVR-Verbundes HPH eine gute Informationsmöglichkeit für die Sprecher*innen der Fraktionen sei, die Arbeit vor Ort besser kennenzulernen. Derzeit sei dies aufgrund der aktuellen Situation leider nicht möglich. Sobald sich eine veränderte Lage ergebe, werde man auch wieder Bereisungen planen.

Der Bericht zur Vorstellung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen wird gemäß Vorlage 15/114 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2020 Vorlage Nr. 15/41

Frau Recki und Herr Kresse bitten um weitergehende Ausführungen zum Thema Zwangsmaßnahmen. Herr Ströbele führt hierzu aus, dass das Thema der Reduzierung freiheitsentziehender Maßnahmen und der adäquate rechtskonforme Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen seit Jahren ein sehr wichtiges Thema im LVR-Verbund

HPH sei. Der Freiheitsaspekt werde sowohl in der UN-Behindertenrechtskonvention als auch im Grundgesetz deutlich betont. Die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen für eine freiheitsentziehende Unterbringung und unterbringungsähnliche freiheitsentziehende Maßnahmen ließen Eingriffe in das Recht der Freiheit einer Person nur zu, wenn die strengen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Es gelte immer der Grundsatz der Freiheit vor der Sicherheit. Viele freiheitsentziehende Maßnahmen konnten in den letzten Jahren zurückgefahren werden. Derzeit seien 200 Kund*innen im geschützten Bereich, 10 in Fixierung und 29 in Absonderung. Bei Neuaufnahmen sollte Fixierung so weit wie möglich vermieden werden. Zwangsmaßnahmen seien auch regelmäßiges Thema bei den Begehungen mit den WTG-Behörden. Zudem würden die Mitarbeitenden regelmäßig zum Thema geschult.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2020 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage-Nr. 15/41 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion geplant.

Punkt 6 **Anträge und Anfragen der Fraktionen**

Keine Anmerkungen.

Punkt 7 **Beschlusskontrolle**

Auf Nachfrage von Herrn Kresse zum Stand der Installation von Fahrradabstellanlagen im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen teilt Herr Klose mit, dass hier eine differenzierte Betrachtung erfolgen müsse. Für die Verwaltung in Neuss sei dies bereits bei der Planung berücksichtigt worden. Gleiches gelte für Gebäude, die neu errichtet würden. Bei Bestandsgebäuden, die nur angemietet wurden, sei es kaum möglich Fahrradabstellanlagen zu installieren. Teilweise sei eine Unterbringung von Fahrrädern in Garagen möglich.

Punkt 8 **Bericht aus der LVR-Verbundzentrale und dem LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen**

Punkt 8.1 **Bericht LVR-Verbundzentrale**

Keine Anmerkungen.

Punkt 8.2 **Bericht LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen**

Herr Ströbele berichtet zum aktuellen Stand der COVID-19-Pandemie im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen. In 20 Wohnverbänden habe es Ausbrüche mit unterschiedlich hohen Erkrankungszahlen gegeben. Bis Mitte Januar 2021 seien 91 Kund*innen und 51 Mitarbeitende erkrankt, 3 Kund*innen seien verstorben. Bei den Maßnahmen seien kaum Anpassungen erforderlich gewesen, Hygienemaßnahmen seien nochmal verschärft

worden. Die Kund*innen seien entsprechend informiert worden. Viele Informationen gebe es in leichter Sprache. Für Kund*innen, die keine WfbM besuchen, gebe es Beschäftigungsprogramme.

Bei der Umsetzung der Corona-Testungsverordnung setze der LVR-HPH-Verbund auf eigene Testteams durch Pflegefachkräfte, pädagogische Fachkräfte und Mitarbeitende aus anderen Bereichen, die sich freiwillig gemeldet hätten. Alle Mitarbeitenden seien entsprechend geschult worden. Tests und Material stünden ausreichend zur Verfügung. Zum Thema Impfungen teilt Herr Ströbele mit, dass insgesamt 421 Mitarbeitende und 210 Kund*innen in verschiedenen Städten und Kreisen geimpft werden konnten. In der zweiten Märzwoche solle mit den Impfungen in der Eingliederungshilfe mittels mobiler Teams begonnen werden

Herr Feiter regt an, den Bericht zur COVID-19-Pandemie als regelmäßigen Tagesordnungspunkt aufzunehmen und mit einer Vorlage weitergehend zum Thema zu berichten.

Frau Glashagen merkt an, dass die regelmäßig durchzuführenden Tests sehr zeitaufwendig seien. Gleichzeitig sei aber auch mehr Zeit für die Betreuung der Kund*innen erforderlich. Sie fragt, ob sich der zusätzliche Betreuungsaufwand auch in der Zahl der Mitarbeitenden widerspiegeln würde. Herr Ströbele führt hierzu aus, dass es keine Veränderungen beim Personal gebe. Man habe gelernt, die Pandemie als einen Teil des Alltags zu sehen.

Punkt 9 **Verschiedenes**

Keine Anmerkungen.

Rheinbach, den 15.03.2021

Die Vorsitzende

K r u p p

Köln, den 10.03.2021

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i